

KLIMASCHUTZ IN DIE KANTONSVERFASSUNG

DAS ZIEL: SPÄTESTENS 2050 KLIMANEUTRAL

Eigentlich ist es schon erstaunlich, was da eine bürgerlich beherrschte Kommission des Grossen Rats vorgeschlagen hat: neue Verfassungsbestimmungen, die den Kanton Bern im Klimaschutz auf das «Netto Null»-Ziel verpflichten. Damit es auch wirklich rechtzeitig so weit kommt, braucht es noch viel Engagement: der GRÜNEN und der Klimabewegung.



Bruno Vanoni,
Grossrat und Initiant,
www.brunovanoni.ch

«Die Klimaziele von Paris sind für den Kanton ... verbindlich.» So beginnt die Volksinitiative, die im Dezember von den GRÜNEN Baselland eingereicht worden ist. «Der Kanton und die Gemeinden müssen die Klimaneutralität bis spätestens 2050 erreichen.» Das will eine zuvor deponierte Volksinitiative der GRÜNEN Waadt in ihre Kantonsverfassung schreiben. Auf der gleichen grünen Linie bewegen sich die Vorschläge, die von der «BaK», der zuständigen, einflussreichen Kommission des Berner Grossen Rats, im Februar in die Vernehmlassung geschickt worden sind. Das ist bemerkenswert – und grundsätzlich erfreulich!

Vorbild Gletscher-Initiative

«Der Klimaschutz soll als vordringliche Aufgabe des Kantons in der Verfassung verankert werden», teilte die BaK im Februar mit. Sie stellte zwei Varianten zur Diskussion und begründete die Notwendigkeit eines Klimaschutz-Artikels in einem lesenswerten Bericht. Er lässt keine Zweifel mehr offen am Handlungsbedarf auf Kantons- und Gemeindeebene. In der selber erarbeiteten Variante habe sich die

Kommission an der eidgenössischen «Gletscher-Initiative» orientiert und eine «klare Zielvorgabe» integriert: «Bis ins Jahr 2050 muss der Kanton Bern klimaneutral sein.»

An diesen Worten müssen sich die konkreten Formulierungsvorschläge der BaK jetzt aber messen lassen: Die Orientierung an der populären, parteiunabhängig deponierten «Gletscher-Initiative» muss konsequenter werden, und die Zielvorgabe muss wirklich «klar» sein. Die Stellungnahme der GRÜNEN Kanton Bern steht beim Redaktionsschluss für dieses JOURNAL noch nicht fest. Aber es steht ausser Frage, dass die GRÜNEN eine besondere Verantwortung für einen griffigen Klimaschutz-Verfassungsartikel tragen: Es darf kein wirkungsloser «Papiertiger» werden – und auch kein schmuckes Feigenblatt, hinter dem sich zögerliches Handeln und ungenügende Taten auf andern Rechtsebenen und im politischen Alltag verstecken lassen.

Doppelt den GRÜNEN zu verdanken

Die gute Grundlage, die die BaK für die laufende Diskussion und die nach-

folgend nötigen Schritte gelegt hat, ist auch der umsichtigen Leitung des grünen Kommissionspräsidenten Daniel Klauser zu verdanken. Die BaK-Vorschläge wären aber nicht möglich ohne die Aufgeschlossenheit bürgerlicher Kommissionsmitglieder, die nun ihre eigenen Parteien vom Vorhaben überzeugen müssen. Denn am Ende muss, nach dem Grossen Rat, auch das Berner Stimmvolk für einen griffigen Klimaschutz-Artikel gewonnen werden.

«Netto Null» – allerspätestens 2050!

Die GRÜNEN haben mit der Parlamentarischen Initiative 187-2018 (Vanoni) «Klimaschutz als vordringliche Aufgabe in der Kantonsverfassung verankern» nach dem Hitzesommer 2018 den Anstoss gegeben. Der Grosse Rat hat die Initiative im Juni 2019 mit 90 gegen 59 Stimmen «vorläufig unterstützt». Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht im Winter dazwischen der Klimastreik-Bewegung eine breite Mobilisierung gelungen wäre. Ihren Druck braucht es weiterhin: für «Netto Null» Co₂-Emissionen, auch im Kanton Bern, allerspätestens bis 2050.